

Stephan Harbich

Die französische
Fusionskontrolle im Vergleich
mit dem deutschen Recht

Eine Abhandlung
im internationalen Kartellrecht



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

EINLEITUNG	1
A. Die Bedeutung der Fusionskontrolle im Wirtschaftsverkehr	1
B. Die Vorgehensweise der Untersuchung	2
C. Die Terminologie der französischen Fusionskontrolle	3
1. TEIL: DAS FRANZÖSISCHE RECHT	4
A. Die Entwicklung des Kartellrechts in Frankreich	4
1. Die geschichtlichen Hintergründe der Wettbewerbspolitik	4
a. Bis 1945	4
b. Nachkriegszeit	5
c. Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik im Jahre 1985	7
d. Europäische Binnenmarkt von 1993 und Auflösung des Ostblockes	8
2. Die Etappen der Rechtsetzung im Kartellrecht	8
a. Preisverordnung (PVO) von 1945 und ihre Änderungen	8
b. Einführung der Fusionskontrolle 1977 und Novellierung von 1985	9
c. Wettbewerbsverordnung (WVO) von 1986	10
B. Die Systematik des französischen Kartellrechts	12
1. Die Einordnung des Rechtsgebietes	12
2. Der Aufbau der WVO und weiterer einschlägiger Normen	13
3. Der Aufbau des 5. Abschnittes der WVO	14
C. Die materiellen Voraussetzungen der Fusionskontrolle	15
1. Der Zusammenschlußtatbestand nach Art. 39 WVO	15
a. Tatbestand des Art. 39 WVO	15
b. Entwicklung des Wortlautes bei den Gesetzesänderungen 1977, 1985, 1986 ..	17
c. Internes Unternehmenswachstum	18
d. Rechtsformunabhängige Übertragung von Eigentum oder Nutzungsrechten ...	19
(1) Formen und ihre Anwendung	19
(2) Die Grenzen des Übertragungskriteriums	21
e. Entscheidender Einfluß über ein Unternehmen	23
(1) Übersetzung des "influence déterminante"	23
(2) Formen und Grenzen des entscheidenden Einflusses (influence	
déterminante)	24
(3) Position der Wettbewerbskommission und des Wettbewerbsrates	27
f. Gemeinschaftsunternehmen	28
2. Der Unternehmensbegriff	31
a. Gebrauch verschiedener Begriffe	31
b. "entreprise" und "entreprise concernée"	31
c. "économiquement liées"	32

d. "groupe d'entreprise"	34
3. Die Marktanteilsschwelle nach Art. 38 II WVO	36
a. Ziel der Schwelle	36
b. Festlegung des relevanten Marktes zur Berechnung der Schwellen	36
(1) Vorgehensweise	36
(2) Sachliche Abgrenzung	38
(3) Sachliche Abgrenzung in der Fallpraxis der WbK und des WbR	40
(4) Geographischer Markt	41
c. Berechnung der Marktanteile	42
4. Die Umsatzschwelle in Art. 38 II WVO	44
a. Anlaß für die Einführung einer Umsatzschwelle	44
b. Besondere Zielrichtung der Umsatzschwelle	45
c. Kritik an der Umsatzschwelle	46
d. Berechnung der Schwellenwerte	47
e. Praktische Umsetzung	48
5. Die Wettbewerbsbeschränkung nach Art. 38 I WVO	49
a. Zweck	49
b. Begriff "Wettbewerbsbeschränkung"	51
c. Streichung des Zusatzes "hinreichend"	52
d. Marktbeherrschung	54
e. Feststellung der Wettbewerbsbeschränkung	55
f. Wettbewerbsbeschränkung ohne Marktbeherrschung	58
6. Die Bewertung des Wettbewerbsrates nach Art. 41 WVO	59
a. Begriffe "wirtschaftlicher Fortschritt" und "Ausgleich"	59
b. Beschränkung auf wirtschaftliche Erwägungen	61
c. "Ausreichender Beitrag" zum Ausgleich	63
d. Erlaubnis eines Zusammenschlusses unter Auflagen	65
e. Internationale Wettbewerbsfähigkeit	66
D. KOMPETENZEN ZUM AUF- UND EINGRIFF	68
1. Überblick	68
2. Die beteiligten Institutionen	69
a. Wettbewerbsrat	69
(1) Beratung statt Entscheidung	69
(2) Personelle Zusammensetzung und Organisation	71
(3) Rechtsstellung des WbR	73
b. Ministerien	73
3. Das Aufgreifen	75
a. Begriff	75
b. Ermessen	76
4. Der Eingriff der Minister nach Art. 42 WVO	77
a. Grundstruktur	77
b. Eingriffsziel "hinreichender Wettbewerb"	78
c. Bindung an das Gutachten des WbR	79
d. Allgemeine Prinzipien zum Eingriff	81

e. Arten der Anordnung	82
f. Erlaubnis unter Auflagen.....	83
(1) Ziel	83
(2) Ausgleich mit einem sozialen Fortschritt	83
(3) Einzelbeispiele	84
5. Der Eingriff nach Art. 43.....	86
a. Systematik und Funktion	86
b. Tatbestand.....	87
c. Verteilung der Befugnisse	89
d. Einfluß der Mißbrauchskontrolle von Art. 8 WVO.....	90
e. Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	91
f. Mißbrauch von wirtschaftlicher Abhängigkeit.....	92
(1) Systematik und Zweck	92
(2) Tatbestand der wirtschaftlichen Abhängigkeit.....	93
(3) "Abbruch bestehender Geschäftsbeziehungen" nach Art. 8 IV WVO	94
g. Maßnahmen der Minister.....	95
h. Schwierigkeiten der Anwendung	96
E. DAS VERFAHREN.....	97
1. Überblick.....	97
2. Die Freiwillige Anzeige nach Art. 40 WVO.....	98
a. Vorhaben oder bis drei Monate nach Vollzug.....	98
b. Anzeigeberechtigung	100
c. Zusagen der Unternehmen.....	101
d. Wahlmöglichkeiten des Wirtschaftsministers.....	101
e. Formalia nach Art. 28 DVO.....	102
3. Verfahrenseröffnung durch den WiMi	103
a. Verfahrensarten	103
b. Ablauf des Untersuchungsverfahrens nach Art. 38 I WVO.....	105
(1) Beginn	105
(2) Stellungnahme des Wettbewerbsrates nach Art. 41 WVO	106
(3) Umfang der Verfahrensrechte	107
(4) Entscheidungsbegründung und -veröffentlichung nach Art. 44 II WVO	108
(5) Vertrauensschutz	109
c. Durchsetzung der Ministerentscheidung	109
(1) Verwaltungsanordnung	109
(2) Bußgeld nach Art. 44 III WVO	111
d. Rechtsschutz der Betroffenen.....	112
(1) Grundsätze des verwaltungsprozessualen Rechtsschutzsystems.....	112
(2) Instanzenzug der Verwaltungsgerichtsbarkeit	116
(3) Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Minister	117
(4) Rechtsmittel gegen die Tätigkeit des WbR.....	120
4. Ermittlungsbefugnisse nach Art. 45 bis 52 WVO	120
a. Entwicklung	120
b. Umfang	121

c. Durchsetzung und Rechtsmittel	123
5. Verjährung.....	123
F. GELTUNGSBEREICH DER FUSIONSKONTROLLE.....	124
1. Die betroffenen Wirtschaftsbereiche.....	124
2. Die Behandlung von Auslandszusammenschlüssen.....	125
3. Das Verhältnis zu den EG-Regeln.....	125
G. AUSNAHMEBEREICHE UND -REGELN.....	127
1. Geringe Bedeutung wegen der Ministerkompetenz	127
2. Überschneidungen mit dem Investitionsrecht	127
3. Medien.....	128
2. TEIL: DER VERGLEICH DES FRANZÖSISCHEN MIT DEM DEUTSCHEN RECHT	130
A. Die Entwicklung der Fusionskontrolle in der Wettbewerbspolitik	130
B. Die Konzepte der Fusionskontrolle.....	132
1. Die Ziele.....	132
2. Die Eigenart des Kontrollsystems	135
3. Die Rechtssystematik.....	136
4. Generelle Bewertung des französischen Systems	137
a. Vorzüge	137
b. Nachteile.....	138
(1) Beim Ziel der Kontrolle.....	138
(2) Bei der Befugnis zur Kontrolle	139
(3) Im Aufbau des Kartellrechts	140
(4) Zusammenfassung der Kritik	141
5. Die europäische Entwicklung.....	142
C. Der Kontrollgegenstand: Zusammenschluß von Unternehmen.....	143
1. Die Funktion und die tatbestandliche Gestaltung	143
2. Die Bewertung der methodischen Ansätze für den Zusammenschlußtatbestand.....	144
3. Die konkrete Ausgestaltung des Zusammenschlußbegriffes.....	145
4. Der Vermögenserwerb zu einem wesentlichen Teil	147
5. Der Einfluß auf ein anderes Unternehmen.....	147
6. Strategische Allianzen.....	149
7. Der Unternehmensbegriff.....	150
D. Das Aufgreifen eines Vorganges.....	150
1. Die Voraussetzungen für den Zugriff.....	150
2. Die Schwellen.....	152
3. Der Kontrollzeitpunkt	153

E. Das Eingreifen	155
1. Die Anzahl der Kriterien	155
a. Marktbeherrschende Stellung	155
b. Gesamtbetrachtung der Wettbewerbsbedingungen	156
c. Prognose der Zusammenschlußwirkungen	157
d. Abwägung der Zusammenschlußwirkungen	158
e. Vermutungen von Zusammenschlußwirkungen	159
2. Der Einfluß gesamtwirtschaftlicher Bewertungen	160
3. Die Behandlung von Oligopolen	161
4. Die Behandlung von Handelsmacht	163
5. Die Entflechtung	164
F. Die Kompetenzen der Institutionen	165
1. Die zuständigen Institutionen	166
a. Grundsätze	166
b. Wettbewerbsbehörden	167
2. Die Möglichkeiten der Ermittlung	169
3. Die Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung	169
G. Verfahrensfragen	170
1. Das Amtsverfahren	170
2. Die Verfahrensbeteiligten	171
3. Die Wirkung der Maßnahmen	172
4. Die Fristen für Maßnahmen	173
5. Die Zusagen der Beteiligten	174
6. Der Rechtsschutz	175
7. Der Geltungsbereich	176
H. Ausnahmereiche	177

ANHANG

- I. Liste der französischen Normen mit Bedeutung für die Konzentrationskontrolle
- II. Veröffentlichte Stellungnahmen der Wettbewerbskommission und des Wettbewerbsrates zur Fusionskontrolle, sowie die veröffentlichten Entscheidungen der Minister
- III. Weitere Veröffentlichungen der Wettbewerbsbehörden